

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Anita Schäfer (Saalstadt), Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Gabriele Hiller-Ohm, Renate Gradistanac, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/10320 –**

**Bauernhofurlaub und Landtourismus weiter fördern –
Ländliche Räume nachhaltig stärken**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann, Katrin Kunert und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7614 –**

**Landurlaub und Urlaub auf dem Bauernhof als Chance für einen
umweltfreundlichen Tourismus in Deutschland nutzen**

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD setzen sich in ihrem Antrag dafür ein, den Bauernhofurlaub und Landtourismus weiter zu fördern. Zugleich sollen ländliche Räume nachhaltig gestärkt werden. Für schätzungsweise rund 25 000 Anbieter von Bauernhof- und Landurlaub ergebe sich ein großes Marktpotenzial, heißt es zur Begründung. 2005 seien etwa 1,6 Millionen Urlaubsaufenthalte (ohne Kurzurlaube) zu verzeichnen gewesen, mit denen rund 943 Mio. Euro Umsatz erwirtschaftet worden seien. Von 2003 bis 2005 hätten sich rund 2,1 Millionen über 14-jährige Deutsche für einen Bauernhof- oder Landurlaub von fünf oder mehr Tagen entschieden. In den Jahren 2006 bis 2008 habe die Zahl dieser Interessenten mit etwa 7,1 Millionen mehr als dreimal so hoch gelegen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin ausreichende finanzielle Mittel für die touristische Entwicklung der ländlichen Räume, auch im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, bereitzustellen. Im Baurecht sollten die Regelungen zum Bauen im Außenbereich den Landtourismus „angemessen berücksichtigen“. Zur

Stärkung der ländlichen Räume sei die Förderung des Bauernhof- und Landurlaubs im Rahmen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit angemessen zu berücksichtigen. Auf die Länder müsse die Bundesregierung einwirken, damit landtouristische Projekte untereinander abgestimmt und mit den Verbänden koordiniert werden. Bei der Deutschen Bahn AG (DB AG), den Ländern, den Kommunen sowie den privaten Anbietern des öffentlichen Personennahverkehrs soll die Bundesregierung nach dem Willen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD möglichst erreichen, dass ländliche Regionen für Touristen schnell und mit wenigen Umsteigestationen erreichbar sind. Die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder seien zu verbessern.

Zu Nummer 2

Die Fraktion DIE LINKE. will den Landurlaub und den Urlaub auf dem Bauernhof als Chance für einen umweltfreundlichen Tourismus in Deutschland nutzen. In ihrem Antrag fordert sie deshalb die Bundesregierung auf, den Landurlaub in Deutschland besser zu fördern. Dabei soll sie unter anderem die Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeit des barrierefreien Reisens als wichtiges Element des Qualitätstourismus im ländlichen Raum erweitern und ein Innovationsprogramm für Angebote in den ländlichen Räumen auflegen, das die zukünftigen Haupteinflussfaktoren im Tourismus wie die Klimaänderung, den demographischen Wandel und die wachsende europäische Vernetzung berücksichtigt. Zudem sollte der Bildungsaspekt des Landtourismus in Verbindung mit den Bundesländern stärker in den Vordergrund gerückt werden, z. B. über die verstärkte Förderung von Klassenfahrten. Weiter soll die Bundesregierung die Chancen aus den Möglichkeiten der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik nutzen und den ländlichen Tourismus als wichtige Säule der ländlichen Entwicklung etablieren sowie die Vermarktung landtouristischer Angebote über die Deutsche Zentrale für Tourismus verstärken.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/10320 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7614 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE.

Darüber hinaus hat der Ausschuss einstimmig eine Entschließung gefasst.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/10320 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/7614 abzulehnen,
3. folgende Entschließung anzunehmen:

„Die in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus des 13. Deutschen Bundestages, Drucksache 13/8520, unter Nummer 7 festgelegte Pflicht der Bundesregierung, einen Bericht vorzulegen, wie sich in Gesamtdeutschland nach Maßgabe ausgewählter Beispiele Kreditbedingungen der Hausbanken in der Differenzierung nach Bundesländern darstellen, wird aufgehoben.“

Berlin, den 25. März 2009

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Jens Ackermann
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Gabriele Hiller-Ohm, Jens Ackermann, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

1. Zum Antrag auf Drucksache 16/10320

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 179. Sitzung am 25. September 2008 den Antrag auf **Drucksache 16/10320** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 16/7614

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 146. Sitzung am 22. Februar 2008 den Antrag auf **Drucksache 16/7614** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Zum Antrag auf Drucksache 16/10320

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 81. Sitzung am 16. Oktober 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 90. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 101. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 83. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 81. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 82. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 76. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 16/7614

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 90. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 101. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 83. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 87. Sitzung am 25. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Tourismus hat nach der Überweisung der Vorlagen in seiner 64. Sitzung am 12. November 2008 beschlossen, eine öffentliche Sachverständigenanhörung zu den beiden vorliegenden Anträgen durchzuführen. Die öffentliche Anhörung erfolgte in der 67. Sitzung am 19. Januar 2009, an der folgende Sachverständige teilgenommen haben: Edeltraud Brunner, Vorsitzende des Ferienrings Schwäbische Alb, Zweite Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Urlaub auf dem Bauernhof Baden-Württemberg, Bente Grimm, Projektleiterin am Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH (N.I.T.), Erik Jennewein, Landwirt und Hotelier, Vizepräsident des Europäischen Rates der Junglandwirte (CEJA), Gotthard Kirch, Geschäftsführer des Rureifel-Tourismus e. V., Johann Kreiter, Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle (NatKo), Dr. med. Gerd Klaus Kreitz, Inhaber

„Alter Gutshof“ in Gohrisch/Papstorf, Ute Mushardt, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Urlaub auf dem Bauernhof und Landtourismus in Deutschland e. V. Zum Ergebnis der Anhörung wird auf das Protokoll der 67. Sitzung des Ausschusses für Tourismus verwiesen. Die Stellungnahmen der Sachverständigen sind zudem auf der Internetseite des Ausschusses für Tourismus veröffentlicht.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die beiden Anträge in seiner 75. Sitzung am 25. März 2009 gemeinsam beraten. Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/10320 zu empfehlen. Der Ausschuss hat ferner mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7614 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte heraus, dass Landtourismus und Bauernhofurlaub nicht nur für die Tourismusbranche und die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume von großer Bedeutung sind, sondern auch gesamtgesellschaftlich. Letzteres zum Beispiel als Erholungsangebot für Menschen, die in städtischen Verdichtungsräumen leben, als außerschulischen Lernort für Kinder und Jugendliche oder auch hinsichtlich der Förderung von Einkommensdiversifizierung in der Landwirtschaft oder der Entwicklung der Infrastruktur in ländlichen Räumen. Der Antrag verweise aber auch deutlich auf die noch nutzbar zu machenden Potenziale und die zu verbessernden Rahmenbedingungen. Dazu sei es zum Beispiel wichtig, dass weiterhin ausreichende finanzielle Mittel für die touristische Entwicklung der ländlichen Räume bereitstehen oder die Länder die in ihrer Zuständigkeit liegenden Kompetenzen zielgerichteter zur Stärkung des Bauernhofurlaubs und des Landtourismus ausüben. Die Stellungnahmen der Sachverständigen im Rahmen der öffentlichen Anhörung hätten die Aktualität des Antrags unterstrichen. Die Sachverständigen hätten, wenn gleich zum Teil mit unterschiedlichen Akzentuierungen, die Auffassungen und Forderungen des Antrags unterstützt.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei abzulehnen, da dieser in seinen Ausführungen pauschal bleibe und der eigene Antrag weitergehend sei.

Die **Fraktion der SPD** sah in dem vorliegenden Antrag eine große Chance für strukturschwache Regionen. Zwar habe die Bundesregierung mit der Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ schon viel zur Förderung des Tourismus im strukturschwachen Raum beigetragen, doch müssten für den Tourismus im ländlichen Raum auch künftig genügend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Der finanzielle Rahmen sei insbesondere wichtig, um die Infrastruktur im ländlichen Bereich für den Tourismus zu stärken. Angesichts der Finanzkrise sei zu erwarten, dass sich in diesem Jahr viele Menschen für einen Urlaub in Deutschland und für ein preiswertes Urlaubssegment entscheiden werden. Gerade für Menschen mit kleinem Geldbeutel biete Bauernhofurlaub und Landtourismus eine gute Urlaubsmöglichkeit. Ganz besonders geeignet sei Urlaub auf dem Land für Familien mit Kindern, die sich einerseits in der freien Natur besser und un-

gezwungener entfalten könnten als in städtischen touristischen Bereichen und die andererseits auch an das Thema Produktion von Lebensmitteln und gesunde Ernährung herangeführt würden. Zu begrüßen sei auch, dass die Bundesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ eingesetzt habe, die ein Konzept erarbeiten werde, wie ländliche Räume weiterentwickelt werden könnten.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde wegen seiner zum Teil recht unkonkreten Forderungen angelehnt. So fordere die Fraktion DIE LINKE. zum Beispiel ein Innovationsprogramm für Angebote in den ländlichen Räumen aufzulegen, das die zukünftigen Haupteinflussfaktoren im Tourismus berücksichtige. Richtig sei es vielmehr, wie im Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD vorgesehen, zunächst eine Grundlagenuntersuchung durchzuführen, um gezielter handeln zu können. Auch die Forderung der Fraktion DIE LINKE. ein Innovationsförderprogramm zur Zusammenarbeit und zum nachhaltigen Tourismus aufzulegen, sei zu wagen. Zur Zusammenarbeit fordere der Antrag der Koalitionsfraktionen konkret auf, den bewährten integrierten LEADER-Ansatz stärker zu nutzen und hinsichtlich des nachhaltigen Tourismus fordern die Koalitionsfraktionen eine entsprechende Berücksichtigung in der interministeriellen Arbeitsgruppe, aber auch bessere Bahnanbindungen und Fahrradmitnahmemöglichkeiten durch die Bahn.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verwies darauf, dass der eigene Antrag älter sei als der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD und man nichts dagegen habe, dass dort gegebene Anregungen aufgegriffen worden seien. Die Bedeutung der Breitbandverkabelung für den ländlichen Raum sei inzwischen auch von der Bundesregierung erfasst worden. Die Anhörung habe deutlich gemacht, dass beide Anträge zustimmungsfähig sind, dass sie einander nicht ausschließen, sondern sich ergänzen. Die Fraktion stimme dem Antrag der Koalitionsfraktionen daher zu, selbst wenn diese den eigenen Antrag ablehnten.

Die **Fraktion der FDP** stimmte mit den Feststellungen der Koalitionsfraktionen im Analyseteil des Antrags überein. Bedenken bestünden hinsichtlich der Forderung, bei der DB AG auf eine bessere Anbindung des ländlichen Raumes hinzuwirken. In einigen Gebieten habe man im Gegenteil die Beobachtung machen können, dass gerade dort, wo sich die DB AG auf kleinen Strecken zurückziehe, es zu einer Verbesserung der Erreichbarkeit einzelner Reiseziele komme. Beispielhaft sei dies im Bereich des Harzes gewesen. Seit sich die DB AG von diesen Nebenstrecken zurückgezogen habe, sei es mit einem anderen Anbieter wieder ganz leicht, z. B. für Bewohner der Hauptstadt in den Harz zu kommen. Es wäre daher wünschenswert gewesen, wenn die große Koalition in dieser Legislaturperiode die Kraft gehabt hätte, die DB AG teilzuprivatisieren, um damit zu einer besseren Erreichbarkeit ländlicher Regionen beizutragen. Zu kritisieren sei auch die Forderung, die sich mit der Entlastung kleinerer Beherbergungsbetriebe bei den Rundfunkgebühren befasse. Statt der vorgeschlagenen etwas umständlichen Lösung, fordere die Fraktion der FDP eine Medienabgabe. Aus diesen Gründen sei nur eine Stimmenthaltung möglich.

Die Fraktion DIE LINKE. machte in ihrem Antrag zu den Kosten, die durch ein Innovationsförderprogramm zu erwarten seien, keinerlei Angaben. Solche Vorschläge, die den

Steuerzahler voraussichtlich hoch belasten würden, würde die Fraktion der FDP nicht akzeptieren. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** lehnte beide Anträge ab. Landtourismus sei ein Nischenprodukt und auch Bauernhofurlaub sei ein Nostalgiebegriff. Heutzutage seien Bauernhöfe keine kleinen Betriebe mit freilaufenden Tieren oder kleinem Nutzgarten, sondern Agrarindustrien, die mit Tourismus zunächst einmal sehr wenig zu tun hätten. Wo Bauernhofurlaub angeboten werde, sei dies Tourismus in bäuerlichen Gebäuden, denn eine Kopplung funktioniere in der Regel nicht. Es werde eine künstliche Idylle erzeugt, die es letztlich nicht mehr gebe. Bei dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD seien insbesondere klare Forderungen und Vorgaben an die Bundesregierung zu vermissen. Es gebe lediglich Prüfaufträge oder Bitten, etwas zu berücksichtigen.

Beim Antrag der Fraktion **DIE LINKE** sei zu kritisieren, dass dort eine Konkurrenzsituation zwischen den Destinationen dargestellt werde. Es könne nicht angehen, in Deutschland auch noch einen Kampf der Urlaubsdestinationen untereinander heraufzubeschwören.

Alle Fraktionen begrüßten es, die in Drucksache 13/8520, Nummer 7, festgelegte Berichtspflicht der Bundesregierung aufzuheben. Die Koalitionsfraktionen hatten den einstimmig angenommenen Entschließungsantrag eingebracht, weil es aus heutiger Sicht nicht mehr sinnvoll sei, dieser Berichtspflicht nachzukommen. Die damalige Berichts-anforderung hing mit dem Ablauf der Fünfjahresfrist bei Krediten zusammen, von denen die Tourismuswirtschaft in den neuen Bundesländern profitiert hatte. Diese Problematik ist inzwischen überwunden. Der Bericht konnte seinerzeit wegen der fehlenden statistischen Daten nicht vorgelegt werden.

Berlin, den 25. März 2009

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatteerin

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatteerin

Jens Ackermann
Berichterstatte

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatte

Bettina Herlitzius
Berichterstatteerin

